



IHK NRW – Die Industrie- und Handelskammern  
in Nordrhein-Westfalen

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
16. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME**  
**16/3318**

A15, A01

# STELLUNGNAHME

Ihr/e Ansprechpartner/in  
Sophia Tiemann

E-Mail  
sophia.tiemann@ihk-nrw.de

Telefon  
0211 36702-12

Datum  
06.01.2016

**Antrag der CDU: "Bildungsqualität fördern. Teil 2: Schulen in ihrer Ausrichtung auf berufliche Ausbildung stärken - Die duale Ausbildung fördern - Fachkräftemangel vor allem im technischen Bereich beheben".**

**Stellungnahme der Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen zur Anhörung von Sachverständigen des Ausschusses für Schule und Weiterbildung am 20. Januar 2016**

Die betriebliche Berufsausbildung ist ein fester Bestandteil des deutschen Bildungssystems. Sie sichert den Fachkräftenachwuchs, bietet jungen Menschen attraktive Bildungs- und Beschäftigungschancen und sorgt zugleich dafür, dass sich die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland seit Jahren auf beispiellos niedrigem Niveau bewegt. Der Erfolg des dualen Systems findet daher international viel Beachtung.

Die bundesdeutsche Ausbildungslandschaft erlebt gleichwohl einen Paradigmenwechsel. In den letzten 20 Jahren stand überwiegend die Frage im Vordergrund, ob genügend Lehrstellen für junge Menschen verfügbar waren. In den kommenden Jahren wird es verstärkt darum gehen, welche Unternehmen sich in den Augen vor allem kluger Schulabgängerinnen und -abgänger besonders für die individuelle Personalentwicklung eignen. Dieser Prozess wird sich nahezu flächendeckend über das gesamte Land ausbreiten. Allerdings wird das Tempo dieser Entwicklung regional sehr unterschiedlich ausfallen: Während im Ruhrgebiet zunächst nach wie vor die Anzahl der Bewerberinnen und Bewerber die Zahl der Lehrstellenangebote überschreiten wird, setzt dieser Prozess fernab der Ballungsräume, z.B. in Südwestfalen oder Ostwestfalen-Lippe, wesentlich früher und insgesamt deutlicher ein. Hier treffen prosperierende Unternehmen und schrumpfende, alternde Bevölkerungen umso stärker aufeinander. Die bisher als „normal“ empfundene betriebliche Berufsausbildung, für die auch die Industrie- und Handelskammern „stehen“, gerät von mehreren Seiten unter Druck:



Neben der abnehmenden Zahl an Schulabgängerinnen und -abgängern im Rahmen des demographischen Wandels, befinden sich nach wie vor zu viele Jugendliche in den sogenannten "Warteschleifen" des Übergangssystems zwischen Schule und Beruf. Parallel gibt es eine stark steigende Studierneigung junger Menschen, die der Vorstellung folgt, ohne Abitur und abgeschlossenes Studium sei vollständige Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben nicht wirklich erreichbar. Die Zahlen der Erstsemester an den deutschen Hochschulen sind in den vergangenen 10 Jahren enorm gestiegen.

Die derzeitige Entwicklung führt dazu, dass Arbeitsplätze „bachelorisiert“ werden, bei denen eine Besetzung durch einen Facharbeiter oder eine Fachangestellte deutlich sinnvoller wäre. Die Bezahlung und das Prestige der Berufe verändern sich dadurch jedoch bisher noch nicht. Zahlreiche Studienanfängerinnen und -anfänger brechen zudem jedes Jahr ihr Studium ab, insbesondere in den ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen. Die betriebliche Berufsausbildung steht heute mehr denn je im Wettbewerb zu stark verschulden Bildungsalternativen - insbesondere durch die Angebote privater und öffentlicher Hochschulen. Dabei muss das System mit seinen vielfältigen Aufstiegs- und Karrieremöglichkeiten in den Augen vor allem auch von leistungsfähigen jungen Menschen attraktiv bleiben. Ansonsten wird es auf Dauer immer mehr als bloßes Auffangbecken für diejenigen wahrgenommen, denen die Studieneignung - auch angesichts weit abgesenkter Standards beim Hochschulzugang - nicht zugesprochen werden kann.

#### Fachkräftebedarf im technischen Bereich:

Derzeit besteht gemäß der Prognosen des IHK-Fachkräftemonitors NRW ein Fachkräftemangel in Höhe von 89.000 Menschen. Es wird in den nächsten beiden Jahrzehnten ein Nachfrageüberschuss in Höhe von mehr als 568.000 Menschen (im Jahr 2030) erwartet. Dies werden zum überwiegenden Teil Facharbeiterinnen und -arbeiter wie beruflich Qualifizierte mit technischer Ausrichtung sein, sowie Kaufmannsgehilfen und Pflegekräfte - weniger Akademikerinnen und Akademiker (lediglich 23.000, davon 13.000 Ingenieure im Jahr 2016). Stellenbesetzungsprobleme werden besonders in den Branchen Gastronomie, Baugewerbe, Verkehr, Transport und Logistik und in der IT-Branche erwartet.

Im technischen Bereich werden in NRW im Jahr 2030 schätzungsweise 129.000 Fachkräfte mit beruflicher Qualifizierung mit technischer Ausrichtung fehlen. Davon alleine 40.200 in den Bereichen Metallerzeugung, -bearbeitung, und -oberflächenbehandlung sowie Maschinenbau- und Betriebstechnik. Besonders betroffen sind hiervon Industrie und Bauwirtschaft, wo derartige Qualifikationen besonders gefragt sind.

Fehlende Fachkräfte im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich werden bereits seit mehreren Jahren beklagt (vgl. Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Kluge Köpfe – vergeblich gesucht! Fachkräftemangel in der deutschen Wirtschaft, Berlin 2007). Jedes zehnte Un-



ternehmen in Industrie und Handel bietet inzwischen finanzielle oder materielle Anreize, um hier Auszubildende zu gewinnen. Häufig sind das Betriebe, deren Standort schlecht erreichbar ist oder die nicht in den aus Sicht der Jugendlichen beliebtesten Berufen ausbilden. Oder sie befinden sich an einem Ort, wo besonders viele andere Unternehmen mit ihnen um Bewerberinnen und Bewerber konkurrieren.

### **Ansatzpunkte:**

#### **Berufsorientierung fördern**

Die Bedeutung einer frühen Bildung in den naturwissenschaftlichen und technischen Fächern wird von den IHKs in NRW für die Zukunftsfähigkeit der Regionen als sehr hoch bewertet. Daher engagieren sich die IHKs in NRW im Durchschnitt in drei dauerhaft etablierten MINT-Bildungsprojekten. Damit wollen sie vor allem die Berufsorientierung als wesentlicher Kernpunkt zur Gewinnung von Nachwuchsfachkräften fördern. Hier wird vielfach schon bei der frühkindlichen Bildung (zum Beispiel in Zusammenarbeit dem Haus der kleinen Forscher) angesetzt.

Auch die Gymnasien, Gesamtschulen und Berufskollegs müssen zukünftig stärker dazu angehalten werden, der Berufsorientierung einen höheren Stellenwert beizumessen. Wenn ein „zweigliedriges Schulsystem“ unabwendbar ist, dann müssen auch und gerade die auf die Hochschulreife vorbereitenden Schulformen die Berufs- und Studienorientierung als eine ihrer wichtigsten Aufgaben begreifen. Zu viele der jungen Leute sind offenkundig nicht hinreichend auf das vorbereitet, was nach der Schule kommt – weder bezogen auf das Studium noch auf die Berufswelt. Immer mehr junge Leute scheitern an den Hochschulen; zugleich sehen immer weniger Schulabgängerinnen und -abgänger in einer betrieblichen Ausbildung einen sinnvollen Einstieg in das Beschäftigungssystem. Dies muss die Schul- und Bildungspolitik ernst nehmen und Wege finden, die Schülerinnen und Schüler besser und begabungsgerechter auf Ausbildung und Studium vorzubereiten - gerade in den Gymnasien.

Das NRW-Übergangssystem „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAoA) weist hier in die richtige Richtung. Der Ansatz, bereits in der Jahrgangsstufe 8 mit der Berufsorientierung im Rahmen von ersten Potenzialanalysen zu beginnen, wird von den Industrie- und Handelskammern befürwortet. Auf dieser Grundlage können erste Beratungsgespräche und Orientierungsprozesse aufbauen. Je mehr die auf das Abitur hinführenden Schulformen in diesem Feld „investieren“, desto eher wird die duale Ausbildung in technischen Berufen für viele Schülerinnen und Schüler zu einer dem Studium gleichwertigen Anschlussperspektive.

So gibt es allein im Zuständigkeitsbereich der Industrie- und Handelskammern in NRW im technischen Bereich 139 Berufsprofile. Die meisten davon sind Jugendlichen nicht bekannt. Im Rahmen der schulischen Berufsorientierung können sich Jugendliche unter anderen im Rah-



men von Berufsfelderkundungen ein Bild über die Bandbreite der vorhandenen Ausbildungsberufe machen und sich dabei auch für technische Berufe begeistern lassen.

In diesem Rahmen muss in den Schulen zugleich systematisch auf die Durchlässigkeit im Bildungssystem hingewiesen und dabei zugleich die Startchancen einer betrieblichen Erstausbildung verdeutlicht werden. Vor allem aber muss dabei auf die Eltern abgehoben werden, deren Einfluss auf die Berufswahlentscheidungen ihrer Kinder auch weiterhin entscheidend ist.

Das System KAoA bietet zudem einen guten Rahmen, um das Thema Berufsorientierung - unabhängig von einzelnen handelnden Personen - verbindlich und flächendeckend umzusetzen. Bestehende gute individuelle Schulkonzepte können vor Ort gezielt in diesen Rahmenprozess integriert werden. Im Rahmen der Umsetzung von KAoA wurden vorhandene Fördergelder auf Landes- und Bundesebene durch das Land NRW zur Finanzierung des Gesamtprozesses gebündelt. Dadurch konnten bedauerlicherweise gute regionale Einzelprojekte an Schulen, bzw. Angebote, die den Mindeststandard von KAoA übersteigen, durch diese Gelder nicht weiter finanziert werden.

Die Berufskollegs bleiben im Prozess der beruflichen Orientierung junger Menschen im SEK I-Bereich nahezu vollständig außen vor. Sinnvoll wäre es, die Aktivitäten beider Schulformen stärker miteinander zu verzahnen und dabei die großen Potentiale der Berufskollegs in diesen Prozess einzubinden. Die Vorbereitung auf die dualen Bildungsgänge muss durch die Berufskollegs dabei klar im Vordergrund stehen - auch wenn die Werbung für vollzeitschulische Angebote und berufsvorbereitende Bildungsgänge für manche Berufskollegs von großem Eigeninteresse wäre.

Zugleich sind durchgreifende Korrekturen in der Lehreraus- und -fortbildung sinnvoll und erforderlich. Die Lehrerbildung muss viel intensiver als bisher Kenntnisse über die Berufs- und Arbeitswelt insgesamt (nicht nur in den MINT-Berufen) vermitteln. Praktika in der Wirtschaft sollten Teil jedes Lehramtsstudiengangs sein und auch später im Schulalltag zum Pflichtprogramm gehören. Möglichst viele Projekte sollten zudem von Wirtschaft und Schulen gemeinsam unternommen, besonders originelle und unternehmensbezogene Initiativen der Schulen stärker prämiert und insbesondere MINT-Aktivitäten der Schulen weiterhin aus der Wirtschaft unterstützt werden.

### **Stärkung der Bildungsqualität der Schulen**

Nicht nur die Hochschulen senken ihr Prüfungs- und Studienniveau ab - auch an den allgemeinbildenden Schulen ist diese Entwicklung zu beobachten. Der Trend zu höheren Schulabschlüssen wird sich in den nächsten Jahren noch verstärken. Auch Nordrhein-Westfalen bewegt sich mit großem Tempo auf eine zweisäulige Schulstruktur zu.



Die Gymnasien stehen dabei untereinander im Wettbewerb. Dieser Wettbewerb führt bereits heute zu einem „downsizing“ der Leistungsansprüche. Wenn es heute deutlich leichter ist als in früheren Jahrzehnten, das Abitur zu bestehen, müssen die tradierten Vorstellungen über den Wert des Abiturs aufgelöst werden. Wenn in einigen Landesteilen bereits 50 bis 60 % eines Altersjahrgangs das Abitur an Gymnasien bestehen, sind Abiturientinnen und Abiturienten bereits heute in der Mehrheit. In diesen Regionen hat sich diese Schulform schon zur „Volksschule“ entwickelt.

Gymnasien, Gesamtschulen und gymnasiale Zweige der Berufskollegs sehen jedoch weit überwiegend die Studierfähigkeit der ihnen anvertrauten jungen Menschen als wesentliches Ziel ihrer Tätigkeit an. An diesem Ziel orientieren sich zudem die Curricula sowie die Leistungsbewertungen. Die Wirtschaft beobachtet die Qualitätsentwicklung in allen auf das Abitur hinführenden Schulformen kritischer als in früheren Jahren. Dem beobachtbaren Qualitätsverlust der Abschlüsse muss eine Qualitätsoffensive entgegengesetzt werden, die auch an Hochschulen verpflichtende Aufnahmeprüfungen vorschreibt. Würde dem Qualitätsverfall der Hochschulzugangsberechtigungen auf diese Weise begegnet, blieben junge Menschen dem Ausbildungsmarkt erhalten, die anderenfalls bis zu ihrem Scheitern wertvolle Zeit verlieren. Wer das Problem des zu häufigen Studienabbruchs auch in technischen Berufen wirksam angehen will, der muss verhindern, dass für einen beträchtlichen Teil der jungen Leute die Hochschulen zur „Warteschleife“ werden.

Aus Sicht der Unternehmen haben sich die Leistungen der Schulabsolventinnen und -absolventen insbesondere in den Fächern Deutsch und Mathematik in den vergangenen 25 Jahren dramatisch verschlechtert. Die Aufgabe der Schulen und damit auch des Landes besteht darin, die Reife bei Schülerinnen und Schülern für die betriebliche Ausbildung bzw. ein Studium zu vermitteln. Die Industrie- und Handelskammer NRW fordert, die Stundenansätze in diesen beiden Fächern deutlich zu erhöhen. Dies schließt Zusatzangebote in beiden Fächern für leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler mit ein. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass die Umstellung auf den Ganztagsbetrieb noch stärker dazu genutzt wird, hier die erforderlichen Korrekturen vorzunehmen.

### **Digitalisierung von Ausbildungsinhalten und -prozessen vorantreiben**

Insbesondere die technischen Berufe werden künftig stark von der Digitalisierung beeinflusst sein. Digitale Inhalte und Prozesse bieten in zunehmendem Maße die Chance, das System der betrieblichen Erstausbildung inhaltlich und organisatorisch zu flexibilisieren und damit attraktiver zu gestalten. Durch virtuelle Lernräume, Lerninhalte in der Cloud, Blended Learning und vieles andere mehr kann es gelingen, die Vielfalt der Berufsbilder ebenso zu erhalten wie ortsnahe Beschulungsmodelle in der Fläche. Zugleich sind neuartige technische Medien geeignet, den vielfach gegebenen Mangel an ausreichend qualifiziertem Lehrpersonal insbesondere im technischen Bereich zumindest teilweise zu kompensieren. Hiervon werden auch die



derzeit gegebenen Schüler/Lehrer-Relationen und die definierten Klassenfrequenzrichtwerte auf Dauer nicht unberührt bleiben.

### **Berufskollegs zur Wahrnehmung ihrer Pflichtaufgaben befähigen**

Nach Auffassung der IHKs in NRW ist die Bereitstellung eines angemessenen Berufsschulunterrichts nach wie vor die wesentliche Aufgabe der Berufskollegs. Demgegenüber sollten personalintensive Vollzeit- und Fortbildungsangebote nachrangig betrachtet und allenfalls unter marktmäßigen Bedingungen aufrechterhalten werden. Erforderlich sind hier klare ordnungspolitische Schranken. Es ist nicht nachvollziehbar, dass Berufskollegs vielfach ihre Lehrerdeputate für Fortbildungsangebote einsetzen, während die öffentliche Hand nach wie vor Milliardenbeträge in berufsvorbereitende Bildungsangebote investiert. Das Angebot an Bildungsgängen mit wenig arbeitsmarktrelevanten Berufsabschlüssen nach Landesrecht ist in den vergangenen 15 Jahren ständig ausgeweitet worden. Dies muss korrigiert werden.

Daneben wäre es dringend erforderlich, einen ortsnahen Berufsschulunterricht und eine ganzjährige Auslastung sicherzustellen: Nach wie vor umfasst das deutsche Ausbildungssystem ca. 350 Ausbildungsberufe. Der Differenzierungsgrad ist erheblich. Die Berufskollegs haben hierauf in den letzten Jahren mit entsprechend differenzierten schulischen Angeboten reagiert. In Zeiten erheblicher Ausbildungsnachfrage war dies kein Problem. Die demografische Entwicklung führt jedoch zu sinkenden Schulabgängerzahlen, auch in den Berufskollegs. In zahlreichen Randbereichen des Landes drängen Betriebe bereits heute auf eine möglichst ortsnahe Beschulung, weil Ausbildungsplatzbewerber es als unzumutbar betrachten, mehrere Stunden Anfahrt in Kauf nehmen zu müssen, um die Berufsschule besuchen zu können. Die Entfernung zum Berufsschulstandort entwickelt sich im demografischen Wandel zu einem entscheidenden Faktor des Ausbildungswahlverhaltens und limitiert im Ergebnis die Anstrengungen der Betriebe, geeigneten Fachkräftenachwuchs in hinreichender Anzahl zu rekrutieren. Alle Anstrengungen sind daher zu verstärken, zukünftig in affinen Berufen gemeinsam zu beschulen. Die inhaltliche Vermittlung wäre so unter Beibehaltung einer regionalen Berufsschulversorgung zu organisieren.

### **Zuwanderung und Integration fördern**

Zuwanderung kann auch die betriebliche Erstausbildung im technischen Bereich bereichern. Die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse kann dazu beitragen, die Beschäftigungschancen von Einwanderern zu erhöhen. Die Zahl der Antragstellungen bleibt derzeit immer noch hinter den Erwartungen zurück; und dies, obwohl viele Antragsteller mit ihren Anträgen durchaus schnell „anerkannt“ werden. Für die Inanspruchnahme der gesetzlichen Möglichkeiten nach dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG) muss daher wesentlich intensiver geworben und Antragsteller (und hier auch Flüchtlinge) noch stärker bei der Antrag-



stellung bis hin zum Kompetenzfeststellungsverfahren nach §14 BQFG mit öffentlichen Mitteln finanziell unterstützt werden.

Zugleich sind die Länder gefordert, schnellstmöglich für die Anerkennung der reglementierten Berufe im akademischen Bereich die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen. Es ist nicht nachvollziehbar, warum das, was im technischen Bereich für Industriemechaniker möglich gemacht wurde, nicht auch für Lehrerinnen und Lehrer für den MINT-Bereich machbar sein sollte – nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass gerade in technischen Disziplinen erhebliche Schwierigkeiten in den Berufskollegs bestehen, genügend Fachlehrenachwuchs zu finden.

Die meisten Unternehmen haben verinnerlicht, dass die Zuwanderung wichtige Beiträge dazu leisten kann, das Angebot an betrieblichen Ausbildungsstellen besser auszuschöpfen und damit die bereits heute bestehenden Rekrutierungsprobleme zu mildern. Dazu gilt es zunächst, möglichst alles zu tun, dass die Zuwanderer die deutsche Sprache beherrschen.

Zugleich sind die rechtlichen Rahmenbedingungen so anzupassen, dass dies in der betrieblichen Realität auch möglich und sinnvoll ist. Solange Flüchtlinge noch während der Ausbildung bzw. direkt danach abgeschoben werden können, sobald sich ihr Status verändert, ist deren Qualifizierung für Betriebe unplanbar und wenig attraktiv. Sinnvoller wäre es, wenn nach dem Ausbildungsabschluss grundsätzlich eine auf zwei Jahre befristete Aufenthaltserlaubnis für die Anschlussbeschäftigung erteilt würde. Auch eine Abschaffung der Vorrangprüfung bei konkreten Ausbildungsplatzangeboten würde die Integration von Zuwanderern deutlich erleichtern. Die durch die Politik vorgenommenen Erleichterungen bei der Aufnahme betrieblicher Praktika durch Asylbewerberinnen und -bewerber sind ein erste Schritte in die richtige Richtung, sie reichen jedoch bei weitem nicht aus.

### **Schwächere Jugendliche fördern**

Im Rahmen einer engeren Verzahnung der Tätigkeiten von Jugendhilfe, öffentlichen Beratungsstellen für problematische Jugendliche und Ausbildern ist vor Ort sicherzustellen, dass Jugendliche während der dualen Ausbildung eine enge Begleitung erfahren. Damit können Ausbildungsabbrüche vermieden werden.

*IHK NRW ist der Zusammenschluss der 16 Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen. IHK NRW vertritt die Gesamtheit der IHKs in NRW gegenüber der Landesregierung, dem Landtag sowie den für die Kammerarbeit wichtigen Behörden und Organisationen.*